

Berlin

1.-Mai-Prozess: Politiker sehen Fehler bei der Polizei



Foto: ddp

„Das ist eine Bankrotterklärung des polizeilichen Staatsschutzes.“ Volker Ratzmann, Fraktionschef der Grünen im Abgeordnetenhaus

CDU erkennt strukturelle, SPD persönliche Probleme

von Thomas Rogalla

Die Einlassungen eines ermittelnden Polizisten im Verfahren um die beiden als Brandbombenwerfer verdächtigten Schüler Yunus und Rigo sorgt auch im Abgeordnetenhaus für Aufmerksamkeit und Kritik. Auf Fragen des Gerichts hatte der ermittelnde Staatsschützer angegeben, wegen der vielen nach dem 1. Mai zu behandelnden Fälle keine Zeit für gründliche Ermittlungen und Beweisführung gehabt zu

haben. Das Gericht hatte die beiden wegen Mordversuchs angeklagten Schüler nach sieben Monaten Untersuchungshaft freigelassen.

"Wir werden solche Verfahren genau beobachten, "sagte die Linken-Innenpolitikerin Marion Seelig. Sie gehe zwar derzeit nicht davon aus, dass der Staatsschutz systematische Fehler gemacht habe. Es sei aber sehr problematisch, wenn Jugendliche über Monate in Untersuchungshaft bleiben müssten, bis entlastende Beweise bekannt würden. Außerdem sei zu überlegen, ob bei einer Mordanklage nicht auch eine Mordkommission statt des Staatsschutzes ermitteln sollte.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Robbin Juhnke, sieht in dem Vorgang dagegen einen erneuten Beleg, dass wegen des unter Rot-Rot betriebenen Personalabbaus bei der Berliner Polizei "nur noch Flickwerk" betrieben werde. "Die Personaldecke ist zu kurz", sagte Juhnke.

Werde in einem Bereich, etwa wegen der Autobrandstiftungen verstärkt, fehlten in anderen Dienststellen die Beamten.

Indirekt monierte Juhnke auch die Gerichte. Die Justiz erwarte heute eine

möglichst lückenlose Aufklärung der Tat durch die Ermittler, bevor sie verurteile. "Diese Anforderungen gehen aber häufig an der Lebensrealität vorbei," sagte CDU-Politiker Juhnke. Man könne auch aufgrund "klarer Indizienbeweise" urteilen.

Der SPD- Innenpolitiker Thomas Kleineidam sieht hingegen keine strukturellen Unzulänglichkeiten bei der Polizei. Möglicherweise gebe es persönliche Fehler bei den ermittelnden Beamten. Der Staatsschutz sei verstärkt worden und allen sei seit langem klar, dass der 1. Mai in Berlin "kein Spaziergang ist. Aber die Polizei hat gelernt, damit umzugehen".

Kleineidam glaubt nicht, dass die Polizei wegen des großen öffentlichen Drucks nachlässiger ermittelt, um schnelle Erfolge vorweisen zu können. Gebe es wegen schlechter Beweislage dann, wie geschehen, einen Freispruch, "schafft das nur Helden in der linken Szene. Das wäre kontraproduktiv".

Grünen-Fraktionschef Volker Ratzmann spricht von einer "Bankrotterklärung des polizeilichen Staatsschutzes". Die Staatsanwaltschaft müsse sich darauf verlassen können, dass sie korrekte Ermittlungsergebnisse bekomme. In diesem Fall waren aber Beweismittel monatelang nicht zu den Akten genommen worden. Wenn man schon den schweren Vorwurf des versuchten Mordes erhebe, dann müsse es auch eine besonders sorgfältige und tragfähige Beweisführung geben, sagte Ratzmann.

Innensenator Ehrhart Körting (SPD) wollte wegen des laufenden Verfahrens nicht zu den Vorwürfen Stellung nehmen.

Berliner Zeitung, 12.1.2010

• [Leserbrief](#) »

[IMPRESSUM](#) [KONTAKT](#) [MEDIADATEN](#)



Berliner.de

